

Pressedienst des Deutschen Orient-Instituts 47/2019



Israel: Anklage gegen Netanyahu, Neuwahlen wahrscheinlich

Gegen den noch amtierenden Premierminister Netanyahu wurde ein Verfahren wegen Korruptionsvorwürfen eingeleitet. Indes erscheint eine dritte Wahl in diesem Jahr beinahe unumgänglich, da es auch Gantz nicht gelang, eine Regierung zu formen. [NYT](#)

Demonstrationen im Iran

Nachdem die Benzinpreise erhöht wurde, kam es in Teilen Irans zu Demonstrationen und teilweise Ausschreitungen. Das Internet wurde großflächig geblockt. Sowohl Deutschland als auch die EU verurteilten Gewalt und appellierten daran, dass die Parteien in einen Dialog treten. [DW](#) [The National](#)



Jordanien: Steuern sollen konsequenter eingetrieben werden

Die jordanische Regierung hat angekündigt, im kommenden Jahr keine neuen Steuern einführen zu wollen. Dies wurde aufgrund der Bedingungen des IWF-Kredits befürchtet. Der Fokus solle viel eher auf die Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung liegen.

[Al Jazeera](#)

Algerien bereitet sich auf Präsidentschaftswahlen vor

In Algerien hat der Wahlkampf für die für den 12. Dezember angesetzte Wahl begonnen. Der Urnengang wird allerdings von vielen als ein nicht ausreichendes Zugeständnis gesehen. Im Westen des Landes wurden erneut mehrere Demonstranten verhaftet.

[Al Arabiya](#)



Deutsches Orient-Institut

Kronenstraße 1

10117 Berlin

☎ 030 / 206410-21

📠 030 / 206410-29

doi@deutsches-orient-institut.de

<http://deutsche-orient-stiftung.de/>

[Unsubscribe](#)